

*Datenschützer
Gérard Lommel steht
der Videoüberwachung
skeptisch gegenüber.
Diese dürfe nicht
zur fetischisierten Antwort
auf gesellschaftliche
Probleme werden.*

(Foto: Christian Mosar)



VIDEOÜBERWACHUNG

Die Illusion der Sicherheit

worxx: *Warum wird das Thema Videoüberwachung immer wieder problematisiert? Als unbescholtener Bürger habe ich nichts zu verbergen.*

Gérard Lommel: Interessant, dass viele Leute so reagieren. Es ist natürlich fraglich, warum man den Bürger vor etwas schützen soll, wenn er diesen Schutz nicht notwenig findet. Allerdings muss man sich fragen, ob diese Bürger sich voll bewusst sind, wie weit der Eingriff in die Privatsphäre gehen kann. Anlässlich der Debatte über den Einsatz der „Sita“ Kameras des Autobahnnetzes zur Feststellung von Verkehrsdelikten oder bei der Einrichtung von Überwachungskameras durch den Arbeitgeber wurden wesentlich größere Bedenken geäußert.

Nennen Sie ein Beispiel für mögliche Risiken.

Bei Videoüberwachungen im öffentlichen Raum, aber auch in Geschäftsgebäuden oder bei großen Veranstaltungen zeichnen die Kameras mehrheitlich unbescholtene Bürger auf. Das Problem ist die Anhäufung von Daten, in diesem Fall von Bildmaterial, auf dem man sie bei verschiedenen Anlässen erkennen kann. Die Gefahr liegt im Zusammentragen dieser verschiedenen Informationen und den Schlüssen, die man daraus ziehen könnte.

Das hört sich ja fast so an, als hätten Sie Angst vor einem Überwachungsstaat.

Genau. Je größer die Datenmenge, desto größer ist auch die Gefahr. Außerdem können Unbefugte Zugriff auf die Daten nehmen und diese für illegitime, vielleicht sogar gefährliche Zwecke missbrauchen. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass der Staat zwar wichtige Verantwortungsbereiche hat, zu denen der Schutz und die Si-

cherheit der Bürger zweifelsohne gehören. Er darf aber nicht, um diesen Pflichten nachzukommen, die Rechte aushöhlen, welche die Substanz dieses demokratischen Staates ausmachen.

Von Befürwortern der Videoüberwachung wird diese immer wieder als Wundermittel gegen Kriminalität, Vandalismus und andere Regelverstöße angepriesen.

Vor einer Konferenz, die das "Forum luxembourgeois pour la prévention et la sécurité urbaine" vergangene Woche zu diesem Thema organisiert hat, war ich ein wenig in Sorge, die lokale Politik könne sich der Videoüberwachung als "Gadget", als fetischisierte Antwort auf die Verängstigung der Bevölkerung angesichts der steigenden Unsicherheit bedienen wollen. Deshalb hat es mich gefreut, dass andere Lösungsansätze und andere Akteure in die Diskussion über einen Einsatz der Videoüberwachung miteinbezogen wurden. Eine Urbanistin referierte über die Gestaltung des Stadtbildes und mögliche architektonische Lösungen. Ein Redner der Polizei sprach über die Möglichkeit eines lokalen Präventionsplanes. In beiden Vorträgen kam auch die Arbeit der Sozialarbeiter und der NGOs zur Geltung, sei es im Drogenmilieu, im Bereich der Obdachlosen oder in Jugend- und Migrantenkreisen. Das lässt eigentlich schon durchblicken, wie meine persönliche Haltung zur Videoüberwachung als Mittel zur Bekämpfung der Kriminalität zu bewerten ist: Ich bin skeptisch.

Was meinen Sie, wenn Sie von "Gadgets für Sicherheitsfanatiker" sprechen?

Ein Beispiel ist Monaco, wo man glaubt, man könnte mit ein paar Millionen Euro auch in der Nacht ganz beruhigt

über die Strasse spazieren, nur weil diese Stadt ziemlich flächendeckend mit Kameras abgedeckt ist. Das Beispiel London zeigt jedoch, dass es selbst in Bereichen, in denen Videoüberwachung sehr stark eingesetzt wird, trotzdem Attentate gibt. Es ist also eine Illusion zu denken, man könne damit alle Gefahren von einem Moment auf den anderen ausschalten.

Welchem Ziel ist die Videoüberwachung verpflichtet - der Prävention oder der Strafverfolgung?

Im Artikel 17 des Datenschutzgesetzes wird beides in einem Atemzug genannt. Ein Teil der Prävention beruht auch auf der Idee der abschreckenden Wirkung, allein durch das Vorhandensein der Überwachungskameras. Ich stimme Ihnen zu, dass man dies hinterfragen muss. Videoüberwachung ist heutzutage auch technisch eine differenzierte Angelegenheit. Es macht einen Unterschied, ob kilometerweite Bandaufzeichnungen angehäuft werden oder gezielte Auswertung vorgenommen wird. Ich hatte bei einer Sitzung der Datenschutzbeauftragten der EU-Mitgliedsstaaten in Rotterdam die Gelegenheit, das System, das die dortige Gemeindeverwaltung eingesetzt hat, kennen zu lernen. Dort wird die Videoüberwachung im öffentlichen Raum zielstrebig

eingesetzt und ist ein direktes Interventionsinstrument der Polizei. Die Bilder laufen in einem großen Raum zusammen, wo ein Dutzend Beamte mit Joysticks vor dreißig Schirmen sitzen und dreihundert Kameras anwählen können. Wenn etwas passiert, können die Beamten sofort eine Streife vorbeischieken.

Wird durch Videoüberwachung die generelle Unschuldsumutung außer Kraft gesetzt?

Nein, die Überwachung ist noch keine Vorverurteilung. Sie beschränkt allerdings die individuelle Freiheit und das Grundrecht auf Anonymität und geschützte Privatsphäre. Es scheint mir aber, dass der Bürger das teilweise ertragen muss und er auch dazu bereit ist, wenn das mit sehr viel Zurückhaltung geschieht und verschiedene Vorschriften und Garantien eingehalten werden.

Diese Haltung klingt für einen Datenschützer etwas nachlässig.

Als Datenschützer habe ich die Aufgabe, für eine Minimierung der Antastung der Privatsphäre zu sorgen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass eine vorübergehende Überwachung im Umfeld eines Kinderspielfplatzes oder an Örtlichkeiten, an denen sich viele Jugendliche aufhalten und die Anziehungspunkte für Drogenhandel sind,

Sinn macht. Dieses Beispiel habe ich angegeben, weil es auch ganz klar die Frage des Verdrängungseffektes mit einbezieht, der in besagtem Fall bewusst in Kauf genommen wird.

Ist der Aspekt der Verdrängung problematisch?

Die Videoüberwachung wird Kriminalität meist nicht effizient bekämpfen. Hauptsächlich wird sie verdrängen, einengen, verunsichern. Die abschreckende Wirkung wird immer beschränkt sein. Beschränkt in der Zeit, beschränkt in den Örtlichkeiten, weil dann ein Verdrängungs- oder Gewöhnungseffekt eintritt. Meine Sorge ist, dass man das subjektive Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung kurzfristig beeinflussen möchte und damit die Privatsphäre der Bürger einer Belastung aussetzt, die in diesem Ausmaß weder gerechtfertigt noch notwendig ist.

Sie haben von einem "Unsicherheitsgefühl" gesprochen. Welche Rolle spielt eine suggestive Rhetorik in der Debatte?

Ich möchte den Politikern nicht unterstellen, diese Idee würde nur deshalb in den Raum gesetzt. Mein Anliegen ist es, sowohl die Politik als auch die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, dass Videoüberwachung kein Allheilmittel sein wird. Man darf dem Bürger auch nicht verheimlichen, dass Kriminalität ein gesellschaftliches Phänomen ist, das man auf mehreren Ebenen einzudämmen versuchen muss. Die Idee des Allheilmittels hängt außerdem eng mit der Idee des Feindbildes zusammen, mit dem "bösen Drogendealer", gar afrikanischen Ursprungs, und anderen Klischees.

Kritiker sprechen auch von einer konsumorientierten Ordnungspolitik, die unerwünschte Gruppierungen in der Innenstadt eher als

wirtschaftliche denn als kriminelle Bedrohung betrachtet.

Ich glaube nicht, dass es gerechtfertigt ist, Videoüberwachung auf diese Weise einzusetzen. Als Datenschützer muss ich natürlich auf das Grundprinzip des Datenschutzes hinweisen, dass die genaue Zweckbestimmung zu definieren und einzuhalten ist. Es darf auch nicht sein, dass man größere Bedrohungen zur Legitimierung in den Vordergrund stellt, während sich andere Zielsetzungen dahinter verbergen.

Wird die kulturelle Funktion einer Stadt ausgehöhlt, wenn man Andersartigkeit unter Generalverdacht stellt?

Das kann ich mir vorstellen. Deshalb möchte ich an die Situation überhaupt nicht denken, in der die Stadt flächendeckend videoüberwacht wird.

Sind gesetzliche Maßnahmen geplant, um datenschutzrechtliche Bestimmungen zu lockern?

Eine entsprechende Ankündigung von Minister Frieden enthält in meinen Augen auch beruhigende Aspekte. Der Justiz- und Polizeiminister hat bekundet, er möchte dies im Rahmen des Datenschutzgesetzes umsetzen. Andere Staaten setzen diese Diskussion mit Vorliebe in den Kontext einer außerordentlichen Bedrohung, wegen derer man Ausnahmegesetze erlassen müsse. In diesem Sinne begrüße ich, dass der Minister sich hier im Rahmen des Datenschutzgesetzes bewegen möchte. Das heißt für uns, dass eine Reihe wichtiger Garantien bestehen bleiben.

Wäre im Falle einer nachgewiesenen Effizienz der Videoüberwachung aus Ihrer Sicht auch deren Legitimität geklärt?

Sie wissen, dass ich Ihnen darauf nicht bejahend antworten kann und will. Wir hatten den Antrag einer Gemeindeverwaltung, die ihre Müllsortierungstonnen überwachen lassen wollte, damit man endlich identifizieren könne, wer die Coladosen in den Papiercontainer schmeißt. Auch wenn die Effizienz hundertprozentig gegeben wäre, hätten wir diesen Antrag abgelehnt. Es geht immer auch um die Frage von Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit.

Was kann der einzelne Bürger tun, um auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen?

Erstens sollte man sich nicht der Illusion hingeben, einen Teil seiner Privatsphäre und demokratischen Rechte gegen mehr Sicherheit eintauschen zu können. Zweitens sollte man in der Öffentlichkeit diesen Standpunkt kritisch vertreten. Außerdem könnten Betroffene auch vom Einsichtsrecht Gebrauch machen und nachprüfen, ob diese Systeme auch nur begrenzt eingesetzt werden, ob die beschränkte Aufbewahrungszeit der Aufzeichnungen eingehalten wird.

Interview:
Thorsten Fuchshuber